

Liebe Mitglieder des Freundeskreises Asyl,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 12.06.2018. Die Chaos-Tage innerhalb der Regierungskoalition haben die Bundespolitik in den letzten Wochen fast dauerhaft beschäftigt. Seehofers sogenannter Masterplan versteht die AnKER-Zentren als Möglichkeit zur Optimierung von Asylverfahren, deren Umsetzung jedoch in Absprache mit den jeweiligen Ländern geschehen soll. Der Masterplan offenbart jedoch, dass Seehofer Geflüchtete nicht als Menschen, die Zuflucht und Unterstützung benötigen sieht. Deshalb stellt er auch nicht Hilfe und Integration in den Mittelpunkt, sondern er will in erster Linie jede Migration von Deutschland fernhalten.

Den Forderungen der Diakonie und der Caritas kann ich mich nur anschließen. Wir sind davon überzeugt, dass die Isolation in AnKER-Zentren die Integration behindert und gegen grundlegende Menschenrechte wie dem Recht auf Privatsphäre oder Bewegungsfreiheit verstößt. Gerade für Familien mit kleinen Kindern ist eine Unterbringung in solchen Lagern kein zumutbarer Zustand. Problematisch ist auch - wie Sie selbst anmerken - dass durch die Unterbringung in den AnKER-Zentren der Zugang zu Rechtsbeistand erschwert wird. Hinzu kommt, dass die zentrale Unterbringung von Flüchtlingen deutlich teurer ist, als eine dezentrale Unterbringung, wie einige Landesrechnungshöfe belegen. Die Kasernierung einer großen Anzahl von Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive und ohne Beschäftigung schafft Konfliktpotential und führt zu Frustration.

Kurzum: wir befürchten, dass solche Großunterkünfte keinesfalls menschenwürdige Bedingungen für schutzsuchende Menschen schaffen werden.

Darüber hinaus ist es derzeit allerdings nicht möglich, Genaueres zu dem Vorhaben zu äußern, da das Innenministerium bis jetzt noch keine konkreten Pläne vorgelegt hat.

Bisher haben sich die wenigsten Bundesländer (mit Ausnahme von Sachsen und Bayern) überhaupt bereit erklärt, solche AnKER-Zentren zu errichten. Grüne Landtagsabgeordnete und Bundestagsabgeordnete positionieren sich bereits seit einiger Zeit gegen eben jene Zentren. Seitens der Baden-Württembergischen Landesregierung sind derzeit keine AnKER-Zentren geplant und gewollt, wie die Grüne Landtagsfraktion und Innenminister Strobel deutlich machen.

Auch meine Fraktion im deutschen Bundestag und unsere Fraktionsvorsitzenden haben sich bereits in zahlreichen Pressestatements zu den AnKER-Zentren geäußert und lehnen diese ab.

Die entsprechenden Äußerungen sind unter folgenden Links abrufbar:

Pressestatement von Filiz Polat und Luise Amtsberg zu Seehofers Masterplan:

<https://www.luise-amtsberg.de/pm-zur-offiziellen-veroeffentlichung-des-sogenannten-masterplans-migration/>

Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt zu den AnKER-Zentren:

[http://www.akp-redaktion.de/2018/418\\_goering-eckardt.pdf](http://www.akp-redaktion.de/2018/418_goering-eckardt.pdf)

Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter zu Seehofers Masterplan und zu AnKER-Zentren <https://www.gruene-bundestag.de/integration-fluechtlingspolitik/horst-seehofers-chaos-plan-10-07-2018.html>

Für mich ist klar: wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschenrechte und unsere Humanität mit Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung aus ihren Heimatländern fliehen müssen, durch eine abschottende Asylpolitik geopfert werden. Das Recht auf Asyl ist keine Gnade, die der Staat gewähren kann, sondern eine rechtliche Verpflichtung, der der Staat nachkommen muss. In diesem Sinne werden wir uns weiterhin für die Rechte von Geflüchteten und ihre Integration in die Gesellschaft einsetzen. Statt AnKER-Zentren fordern wir ein dezentrales Unterbringungs- und ein integriertes Aufnahmekonzept. Wenn ein Asylverfahren länger als drei Monate dauert, soll zwingend in die Kommunen umverteilt werden. So kann die Integration durch den Kontakt mit der zuständigen Gemeinde schneller gelingen und menschenunwürdige Zustände können vermieden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Ebner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen